

Kostas Chrysogonos

Mitglied des Europäischen Parlaments

(SYRIZA/GUE)

Zur Lage in Griechenland ...

Die griechischen Parlamentswahlen vom 25.1.2015 haben ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes eröffnet, da die Mehrheit der Wähler sich von den Austeritätsparteien ("Neue Demokratie" und PASOK) verabschiedete und an die Radikale Linke (SY.RIZ.A) wandte. Die neue Regierung wurde von SYRIZA (mit Unterstützung der kleinen AN.EL. Partei, die ebenfalls gegen das Austeritätsprogramm Stellung einnimmt) unter der Führung vom Ministerpräsidenten Tsipras gebildet. Das neue Parlament hat bereits mehrere wichtige Gesetzesvorlagen dieser Regierung angenommen, wie z.B. das Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise (Beihilfe für Obdachlose, **Verhungerte** u.s.w.) und die Steuerverwaltung hat die ersten Erfolge gegen die Steuerhinterziehung der ökonomischen Oligarchie erzielt (z.B. die Bobolas Brüder, Eigentümer des größten Baukonzerns und mehreren Massenmedien, haben vor wenigen Tagen 9,8 Mio. Euro bezahlt).

Das wichtigste Problem für die neue Regierung ist freilich die Überschuldung Griechenlands. Obwohl der griechische Staat einen primären (also vor dem Schuldendienst) Überschuss von etwa 0,5% des BIP im Jahre 2014 hatte, der im Jahre 2015 noch höher sein wird, ist er nicht in der Lage die anstehenden Zahlungen von etwa 22 Mrd. Euro im Laufe des Jahres 2015 an seine internationalen Kreditgeber durch eigene Mittel zu beschaffen und bleibt deswegen an neue Kredite ihrerseits abhängig.

Als Voraussetzung für solche Krediterneuerungen verlangen aber der IWF und die Europäische Kommission das Treffen weiterer kontraproduktiver Austeritätsmaßnahmen und zwar solche, die keine fiskalische Bedeutung haben, sondern einfach die Arbeit zugunsten des Kapitals benachteiligen. Beispielsweise wird die völlige "Freiheit" (!) des Arbeitsgebers, seine Arbeitnehmer nach seinem Ermessen massiv zu entlassen, wie auch ein praktisch allumfassender Streikverbot gefordert.

Die Weigerung der SYRIZA-Regierung, sich diesen Forderungen zu beugen, hat die europäischen und andere internationalen Massenmedien zu einer großangelegten Einschüchterungskampagne gegen Griechenland veranlasst. Das Land wird mit Bankrott und "Grexit" aus der Eurozone (eventuell auch aus der Europäischen Union) bedroht, obwohl die EU-Regel einen solchen (unfreiwilligen) Austritt nicht vorsehen. Noch wichtiger ist, dass zumindest einige der Forderungen der europäischen Kommission und der EZB sowohl jetzt wie auch während der letzten fünf Jahren der Austerität (ab Mai 2010), inhaltlich gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verstoßen. Dieses Thema wurde wiederholt durch schriftliche Fragen der SYRIZA-Abgeordneten im europäischen Parlament erhoben und die Antwort der Kommission war immer dass das "Memorandum of Understanding" kein europäisches Recht, sondern ein bilateraler Akt zwischen Griechenland und den übrigen Mitgliedern der Eurozone (und IWF) sei, worüber die europäischen Grundrechte keine Anwendung finden!

Im Wesentlichen zeigt die Haltung der europäischen "Eliten" gegenüber dem griechischen Volk eine neokolonialistische Mentalität. Nicht nur der Grundrechtsschutz, sondern auch der durch die letzten

Parlamentswahlen ausgedrückte Volkswille, keine Austerität mehr zu dulden und einen anderen Weg für die Rekonstruktion der griechischen Wirtschaft und für die weitere Sanierung der Staatsfinanzen (z.B. durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung) zu betreten, wird grob missachtet.

Es geht freilich nicht nur um Griechenland, welches wegen seiner Überschuldung leichter erpressbar ist. Die innere Logik der "Reformen", die die europäischen Eliten verlangen, ist überall gleich: Es geht um Deregulierung des Arbeitsmarktes und zwar so, dass die einzelnen Arbeitnehmer einen allmächtigen Kapital schutzlos ausgeliefert werden, um die Herabstufung der sozialen Versicherung zur Philanthropie. Die Älteren und Kranken überleben nur, anstatt wirklich zu leben. Und es geht um die weitest mögliche Privatisierung nicht nur des öffentlichen Vermögens (d.h. Ausverkauf), sondern auch der öffentlichen Ausgaben und Infrastrukturen.

Der rücksichtslose Neoliberalismus funktioniert gemäß der Maxime von Matthäus (Evangelium, Kapitel 13, Paragraph 12): "Denn wer da hat / dem wird gegeben / das er die fülle habe / Wer aber nicht hat / Von dem wird auch Genomen / das er hat".

Die europäische Linke soll gemeinsam mit der Arbeitswelt gegen den Neoliberalismus kämpfen. Nur wenn dieser Kampf sich als erfolgreich erweist, kann der europäische Einigungs-Prozess wirklich weitergehen.

Kostas Chrysogonos, MdEP.